

# Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

Bahnstraße 50  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 47 92 41  
Telefax: 0208 / 47 96 68  
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**  
 **Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3**

## Anfrage

**Nr.: A 11/0131-01**

gemäß § 10 der Geschäftsordnung

**öffentlich****Datum:** 08.02.2011**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:**

**Status:**\* **Datum:** **Gremium:** **Berichterstattung:**  
Ö 17.02.2011 Hauptausschuss Tim Giesbert

\* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

## Volkszählung 2011

**Anfrage:**

Zum Stichtag 09. Mai wird in der Europäischen Union ein Zensus durchgeführt. Im Gegensatz zu einer Volkszählung im engeren Sinne werden beim Zensus 2011 größtenteils vorhandene Registerdateien unterschiedlicher Quellen zusammengeführt und durch eine Stichprobe flankiert. In Mülheim werden nach Angaben des Referats für Stadtforschung und Statistik 8.404 Haushalte und über die Heimleitung die Daten von 2.800 in Heimen lebenden Menschen abgefragt. Um die Daten optimal zu schützen, sind verwaltungsseitig Maßnahmen zu treffen. Deshalb folgende Fragen:

1. Wodurch ist sichergestellt, dass mit der Durchführung des Zensus 2011 betraute MitarbeiterInnen der Verwaltung während dieser Tätigkeit nicht anderweitig mit personenbezogenen Daten arbeiten?
2. Wird das Recht informationeller Selbstbestimmung durch einen wohnortfernen Einsatz der Erhebungsbeauftragten geschützt?

3. Wie wird gewährleistet, dass die Erhebungsbeauftragten die Befragten in ausreichender Form über die Freiwilligkeit der Antwort beim Merkmal der Religionszugehörigkeit informieren?
4. Wird es über die in der Presse als Erhebungsbeauftragte benannten 120 VerwaltungsmitarbeiterInnen hinaus weitere Freiwillige geben?
5. Wenn ja, nach welchen Kriterien werden diese Freiwilligen auf ihre Eignung und Zuverlässigkeit geprüft? (siehe NPD-Aufruf zu „nationaldemokratischer Marktforschung“)

Tim Giesbert  
Fraktionssprecher